



Gemeindereformen in der Kritik

Marianne Heimgartner, Gemeindepräsidentin (EVP), Bauma

Schon seit längerer Zeit kann man in der Politik eine Entwicklung ausmachen, die zum Zentralismus hinführt, also weg vom Individualismus, weg von der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung hin zum Zentralisierten, Generalisierten, Fremdbestimmten. Grundsätzlich ist das nicht das, was der Schweiz zuträglich ist. Aus dieser Erfahrung haben doch schon unsere Vorfahren in der Entstehungsgeschichte unseres Landes erbittert gegen die Fremdbestimmung durch andere Herren gekämpft. Viele haben dafür ihr Leben geopfert.

Diese teuer erkämpfte Freiheit steht immer wieder auf dem Spiel. Zwar geht es heute nicht mehr um Leben oder Tod, um eine direkte Bedrohung von aussen, aber doch um Selbst- oder Fremdbestimmung, um Wohlstand oder diktierte Umverteilung.

Die Zentralisierung entzieht den Menschen ihre Selbstbestimmung, ihre Eigenständigkeit auf persönlicher und politischer Ebene. Alles wird von oben her, vom Staat geregelt. Das demotiviert und führt dazu, dass die Menschen und die Behörden den Eigenantrieb verlieren und keine Verantwortung mehr übernehmen. „Man kann ja doch nichts machen“, sagt sich da so mancher und Lethargie macht sich breit. Das kann den Staat und seine Bewohner teuer zu stehen kommen. Denn der Verlust von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung bedeutet Fremdbestimmung und Verantwortungslosigkeit, was sich desaströs auf unseren Wohlstand, auf unsere Stabilität und Freiheit auswirken wird. Ich erinnere dazu an das Beispiel des gescheiterten Realsozialismus.

Ernst Stocker hat diese gefährliche Tendenz richtig erkannt. Er und seine Partei stehen ein für die dringend notwendige Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Das schafft Vertrauen für die Zukunft, trotz der zurzeit gegenteiligen politischen Entwicklung.

Auch auf kommunaler Ebene lassen sich die gleichen Tendenzen erkennen: Der Staat diktiert in seinen Verordnungen immer mehr und übernimmt zunehmend Aufgaben und macht Vorgaben, die eigentlich in die Hand jedes Einzelnen und in die der Gemeinden gehörten. Die Gemeinden und somit ihre Bürger haben immer weniger zu sagen, können weniger selber bestimmen, müssen aber die immer teurer werdenden Umsetzungen bezahlen.

Diese Zentralisierung unter dem Decknamen Gemeindereformen passiert immer unter dem Vorwand der Kosteneinsparung und Erhöhung der Qualität. Dort aber, wo Bürgernähe verloren geht, leidet unweigerlich auch die Qualität, und die Kosten steigen. Als langjährige Gemeinderätin und heute Gemeindepräsidentin habe ich ausschliesslich erfahren, dass diese Neuerungen zuerst viel mehr kosten, bevor sie vielleicht einmal günstiger werden. Die Geschichte mit unseren Spitälern ist ein Paradebeispiel dafür: Altes, Bewährtes wird aufgehoben, für viel Geld wird zentralisiert und aufgebaut, und bevor sich die Veränderungen etabliert und möglicherweise bewährt haben, wird bereits über weitere Neuerungen und noch mehr Zentralismus geredet. Es ist bezeichnend, dass der Anstoss zu diesen Entwicklungen vor allem von den Mitte-Links-Parteien kommt.

Auch sonst werden von der Regierung mit den Gemeindereformen schnelle Veränderungen gefordert, die besonnenes Handeln und überlegtes Entstehen nicht mehr zulassen. Mit den erfolgten Reformen können keine Erfahrungen mehr gesammelt werden, denn schon stehen wieder die nächsten an, fordern unsere Ressourcen, verunsichern die Menschen und verursachen weitere Kosten, die der Steuerzahler zu übernehmen hat.

Ich bin nicht gegen Veränderungen und Neuerungen, aber Fortschritte müssen wohlüberlegt und mit Rücksicht auf Erfahrungen gemacht werden, damit sie nicht zu Rückschritten mutieren. Echte Fortschritte wahren Eigenständigkeit und Selbstbestimmung. Sie sind am günstigsten und gleichzeitig volksnah. Ernst Stocker besitzt sowohl Erfahrung als auch Besonnenheit. Er kennt die Bedürfnisse unseres Kantons und seiner Bewohner. Er politisiert nicht über unsere Köpfe hinweg. Zudem hat er eine Partei im Rücken, die für Eigenständigkeit und Selbstbestimmung einsteht und am Puls des Bürgers ist.

Zurzeit sind überall Gemeindefusionen im Gespräch. Sie werden über finanziellen Druck durch den Kanton gefordert. Auch das bedeutet weg von der Bürgernähe, weg von direkter, volksnaher Politik, hin zu grossen Gebilden. In diesen wird es schwierig, die Bedürfnisse des Volkes zu berücksichtigen. Es wird an den Bedürfnissen des Einzelnen vorbei politisiert und sein Wohlergehen aus den Augen verloren. Es scheint, dass der Staat nicht mehr für den Bürger da zu sein hat, sondern der Bürger für den Staat.

Es ist wichtig, dass unsere Gemeinden bestehen bleiben und sie ihren Einwohnern dienen. Der Bürger soll sich entfalten können, der Staat und die Politiker sollen ihm dazu dienen und nicht sich selber verwirklichen.

Ernst Stocker wird sich dafür einsetzen, dass die Selbstbestimmung und Volksnähe von Gemeinden hochgehalten werden, dass Reformen und Neuerungen besonnen umgesetzt werden, und dass unsere Freiheit und Wohlstand erhalten bleiben.

Deshalb stehe ich für ihn ein und wähle ihn, denn ich bin überzeugt, dass er für unser Volkswohl die bessere, ja die beste Wahl ist.